

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Missbrauch von Werkverträgen endlich wirksam verhindern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die vom Bundesgesetzgeber mit der Einführung von Branchenmindestlöhnen im Bereich der Leiharbeit beabsichtigte Verhinderung von Lohndumping wird immer häufiger durch den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen konterkariert. Durch die Beauftragung von Fremdfirmen mittels Werkverträgen werden Tarifverträge umgangen, Lohnkosten und Sozialversicherungsbeiträge gespart und Arbeitnehmerrechte ausgehebelt. Auf diese Weise dienen Werkverträge zunehmend als strategisches Mittel zur Deregulierung und als Alternative zur Leiharbeit.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die im August 2013 vom niedersächsischen Landtag beschlossene Bundesratsinitiative „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ zu unterstützen,
2. zu prüfen, ob die Anzeige von Verdachtsfällen in Mecklenburg-Vorpommern durch die Einrichtung eines landeseigenen Internetserviceportals erleichtert werden kann,
3. dem Landtag bis zum 31.03.2014 zu berichten, welche Anlaufstellen insbesondere ausländische Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeiter in Mecklenburg-Vorpommern derzeit haben und zu prüfen, ob das Beratungsangebot durch eine Kooperation mit den Beratungsbüros des DGB für entsandte Beschäftigte optimiert werden kann,
4. in Gesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit darauf hinzuwirken, dass der Einsatz von Werkverträgen und die arbeitgeberseitige Motivation für selbigen künftig im Rahmen des IAB-Betriebspanels regelmäßig abgefragt wird.

Begründung:

Der unsachgemäße Einsatz von Werkverträgen sorgte Dank der Arbeit kritischer Journalisten im Sommer 2013 erneut für Negativschlagzeilen. Schlachthöfe und Fleisch verarbeitende Betriebe ersetzten Stammarbeitskräfte durch vorwiegend ausländische Werkvertragsarbeiter und quartierten diese in Sammelunterkünften ein, von wo aus sie mehrmals täglich zu Arbeitseinsätzen angefordert wurden. Zudem zahlten die Arbeitgeber miserable Löhne. Auch der zunehmende Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen in mecklenburgischen Schlachthöfen war Gegenstand der Berichterstattung.

Werkverträge werden von Unternehmen zunehmend als Alternative zur Leiharbeit und als strategisches Mittel zur Deregulierung missbraucht, um Löhne und Gehälter zu drücken sowie schlechtere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Aufgrund der tragischen Todesfälle von zwei rumänischen Werkvertragsarbeitern, die auf der Meyer-Werft in Papenburg eingesetzt waren, hat die niedersächsische Landesregierung am 27. August 2013 eine erneute Bundesratsinitiative angekündigt. Diese zielt unter anderem darauf, eine Meldepflicht für Werkverträge einzuführen und die Mitbestimmung der Betriebsräte im Zusammenhang mit der Auslagerung und Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen auszuweiten.

Da die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 6/1975 vom 28. Juni 2013 selbst einschätzt, dass „ein Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen mit dem Ziel der Absenkung sozialer Standards und des Abbaus von Stammarbeitsplätzen kritikwürdig und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht förderlich ist“, wäre die Unterstützung der niedersächsischen Initiative folgerichtig. Gleiches gilt für die Ausweitung der Beteiligungsrechte von Betriebsräten mit dem Ziel, den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen zu verhindern, die von der Landesregierung befürwortet wird.

Im Interesse der vom Missbrauch betroffenen Beschäftigten sollte aber auch eigene Aufklärungsarbeit betrieben werden. Hierbei ist zu prüfen, ob ein im Idealfall mehrsprachiges Internetserviceportal mit entsprechenden Informationen, der Möglichkeit Missbrauch zur Anzeige zu bringen und/oder die Kooperation mit den Beratungsstellen für entsandte, ausländische Beschäftigte des DGB helfen könnten. Zudem sollten die regelmäßigen Konsultationen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit genutzt werden, um für die Aufnahme von Fragen zum Einsatz von Werkverträgen und die dahinter stehende, unternehmensseitige Motivation zu werben.